

Kommentare

Zwangsbeiträge müssen weg

Jens Schmidt über
Kanalkosten für
Häuslebauer



Wenn eine Gemeinde eine Grundschule oder einen Kindergarten baut, dann ist das für die Familien eine feine Sache. Kurze Wege für kleine Beine, wie es so schön heißt. Wahrscheinlich steigt damit auch der Wohnwert im Viertel und der Wert des Grundstücke. Niemand würde aber auf die Idee kommen, von den Hausbesitzern oder etwa von den Eltern Tausende Euro Baukostenzuschüsse zu kassieren. Für Infrastruktur nehmen Kommunen Kredite auf und refinanzieren diese dann aus Steuern. Reichen die Gemeindeeinnahmen nicht, helfen Bund, Länder und EU mit Förderschicks. In manchen Fällen kommen noch verbrauchsabhängige Gebühren hinzu.

Was für Schulen, Spielplätze und Kitas gilt, muss auch für Kanäle gelten. Bau-Beiträge gehören abgeschafft. In Brandenburg zeigen Kommunen, wie es geht. Auch Sachsen-Anhalt muss sich endlich bewegen. Wer den Beitragszwang abschafft, entlastet auch junge Familien, die sich ein Häuschen bauen. Seite 1

Wacklige Führungen

Steffen Honig über
Gespräche zur
Regierungsbildung



Von Mittwoch an wird nicht nur über die Form einer neuen Bundesregierung geredet. In CDU, CSU wie in der SPD sind die Gespräche zugleich eine Machtprobe für die jeweiligen Parteiführungen. In der CSU dürfte die Demontage Horst Seehofers weiter ihren Lauf nehmen. Auch wenn dieser mitverhandeln darf, gibt den Ton längst ein anderer vor: Markus Söder. Der designierte Ministerpräsident hat mit der Flüchtlingspolitik schon mal festgelegt, worüber diskutiert werden müsse. In der Schwesterpartei CDU denkt Jens Spahn laut über eine Minderheitsregierung nach, vor der seiner Chefin Angela Merkel graut. Bei der SPD wird sich zeigen, was die Parteiführungsbeschlüsse bei Personal und Themen wert sind.

Wenn es also zu einer GroKo kommen sollte, wird diese einen anderen Charakter als ihre Vorgängerin haben: In der Unionsspitze ist jederzeit ein Umbbruch möglich und die Sozialdemokraten werden sich eine möglichst breite Ausstiegstür freihalten. Politik

Pressestimme

Trumps Politik stärkt Europas Einfluss

„Corriere della Sera“ (Mailand) zur US-Außenpolitik: Es ist offensichtlich, dass die wirkliche Antriebskraft der europäischen Außenpolitik in Amerika sitzt und Donald Trump heißt. Sind es nicht vielleicht die ziemlich fragwürdigen Initiativen des US-Präsidenten, die eine europäische Identität erwachsen lassen? (...) Der Populismus ist noch nicht bezwungen, der Brexit im Westen, der Nationalismus in den Visegrad-Staaten und die Migration außer Kontrolle. (...) Aber Europa hat sich - ohne es zu merken - in einer weltweiten Unordnung zu einem Gleichgewichtsfaktor entwickelt.



Karikatur: Martin Ert

Netanjahu-Gegner: Der Kaiser ist nackt

Auch in Israel machen immer mehr Menschen gegen den Ministerpräsidenten mobil

Donald Trumps Jerusalem-Entscheidung ist für Israels Regierungschef Netanjahu ein persönlicher Sieg. Doch im eigenen Land gerät er immer stärker unter Druck: Tausende fordern auf dem „Marsch der Schande“ in Tel Aviv seinen Rücktritt.

Von Sara Lemel

Die Wut über die Jerusalem-Entscheidung von US-Präsident Donald Trump hat Unruhen unter Tausenden Palästinensern ausgelöst. Etwa doppelt so viele Israelis sind in Tel Aviv aus Zorn über Korruptionsvorwürfe gegen ihren Regierungschef Benjamin Netanjahu und seine Vertrauten auf die Straße gegangen. Mehr als 10 000 Menschen nahmen nach Schätzungen der Polizei am Samstagabend am „Marsch der Schande“ durch das Stadtzentrum teil - das zweite Wochenende in Folge. Immer lauter werden die Rücktrittsforderungen, immer stärker der Druck auch von innen.

„Kapital, Herrschaft, Unterwelt“, skandieren die Demonstranten bei ihrem Marsch über den Rothschild-Boulevard. Auf Hebräisch reimen sich die drei Begriffe. Einige Demonstranten tragen Schweinemasken. Netanjahu und seiner Frau



Zum zweiten „Marsch der Schande“ versammelten sich am Sonntagabend in Tel Aviv mehr als 10 000 Israelis. Foto: AFP

Sara werden Hedonismus und Verschwendungssucht vorgeworfen.

Eine Demonstrantin trägt ein Nacktkostüm, einen Gürtel aus Bananen und eine Maske mit dem Gesicht von „Bibi“, Netanjahus Spitzname. „Der Kaiser ist nackt“, steht auf einem Schild, das sie hochhält in Anlehnung an das Märchen von Hans Christian Andersen über einen prunksüchtigen Herrscher.

„Crime minister“, steht auf einem anderen Schild - etwa: „Verbrechensministerpräsident“. Auf der Demonstration sind alle Altersgruppen vertre-

ten, vom Kleinkind bis zu alten Menschen, die nur mühsam gehen können. Sie demonstrieren mit einem Elan, der an die großen Sozialproteste von 2011 erinnert, als monatelang bei Kundgebungen jeden Samstagabend die hohen Lebenshaltungskosten in Israel angeprangert wurden. Doch die jüngsten Proteste sind politischer.

Lange war die politische Linke in Israel wie gelähmt, versank angesichts des stockenden Friedensprozesses mit den Palästinensern und des Rechtsrechts innerhalb der Gesellschaft in tiefe Resignation.

Erdoğan nennt Israel einen „Terrorstaat“

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan hat Israel als „Terrorstaat“ bezeichnet. „Israel ist ein Besatzterstaat. Dieses Israel ist ein Terrorstaat, Terror“, sagte Erdoğan am Sonntag.

Israels Ministerpräsident

Benjamin Netanjahu sieht derzeit eine „ernsthafte Anstrengung“ der USA für Frieden im Nahen Osten. „Wir sollten dem Frieden eine Chance geben“, sagte Netanjahu am Sonntag bei einem Besuch in Paris. „Indem wir Dinge zur historischen Wahrheit bringen, indem wir die Möglichkeit für neue Verhandlungen öffnen, für neue Initiativen.“ (dpa)

Doch nun beginnt sich offener Widerstand zu formieren. „Ich habe das Gefühl, dass etwas passiert, dass sich erstmals seit Langem wieder etwas bewegt“, sagt einer der Demonstranten, der einen weißen Bart trägt. „Die Leute haben einfach die Nase voll.“

Gegen Netanjahu wird bisher in zwei Korruptionsfällen ermittelt. Er soll illegal teure Geschenke reicher Geschäftsleute angenommen haben. Außerdem wird ihm vorgeworfen, er habe versucht, unrechtmäßig die Medienberichterstat-

tung zu beeinflussen. Netanjahu pocht auf seine Unschuld und weist alle Vorwürfe als „Hexenjagd“ auf ihn zurück. „Es wird nichts gefunden werden, weil es nichts gibt“, lautet sein Mantra.

Doch auch gegen enge Vertraute Netanjahus wird inzwischen ermittelt, unter anderem in der Korruptionsaffäre um deutsche U-Boote. David Bitan, ranghohes Mitglied von Netanjahus Likud-Partei, ist ebenfalls ins Fadenkreuz der Ermittler gerückt. Der bullige Mann, von Gegnern auch „Netanjahus Rottweiler“ genannt, hatte in den vergangenen Monaten mit Vollmacht umstrittene Gesetzesentwürfe vorgeschoben, die Netanjahus politisches Überleben sichern sollten.

Die Anti-Korruptions-Proteste sind für Netanjahu eine weitere Front, neben den schweren Unruhen in den Palästinensergebieten wegen Trumps Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt und heftiger internationaler Kritik. Vor einem Besuch in Paris am Sonntag und in Brüssel am Montag warf Netanjahu Europa „Doppelmoral“ vor. Europäische Reaktionen verurteilten „Trumps historische Stellungnahme“ zu Jerusalem, nicht aber Raketenangriffe aus dem Gazastreifen oder Hetze gegen Israel, sagte Netanjahu. „Ich bin nicht bereit, diese Heuchelei zu akzeptieren.“ (dpa)

Kommentar

Unverschämte Autobauer

Alois Kösters zu
Umwelt-Ratschlägen des VW-Chefs



Erst vor wenigen Tagen musste VW-Chef Matthias Müller die Auslieferung des T6-Bulli stoppen. Die Behörden hatten ihn wieder erwisch: Probleme mit den CO₂-Werten. Heute im „Handelsblatt“ setzt er sich an die Spitze der Umweltbewegung und empfiehlt das Ende der niedrigeren Dieselsteuer. Bis vor kurzem hatten seine Lobbyisten noch erbittert für die Subvention gekämpft. Und wofür sollen wir die eingesparten Milliarden verwenden? Natürlich, um seinem Unternehmen zu helfen, die unwirtschaftlichen E-Autos zu verkaufen. Und warum will er sie verkaufen? Um möglichst viele spritzfressende Amorc-Pickups und SUVs zu verkaufen. Denn so sehen es die EU-Regelungen vor. Hinter dem E-Kleblättchen darf man nämlich weiter die Umwelt verpesten. Und Müller fordert jetzt auch die blaue Plakette. Aber nicht nur für Autos mit der Abgasnorm Euro 6. Bei VW seien Euro-5-Autos sauberer als die Euro-6-Fahrzeuge der Konkurrenz. Müller ist der Prototyp des unverschämten Autobauers. Wirtschaft

Zur Person



Finanzexperte regiert Polen

Als der Politiker mit der größten Wirtschaftskompetenz gilt Mateusz Morawiecki in der polnischen Regierung. In seiner nationalkonservativen Partei PiS drängen sich Ökonomieexperten nicht gerade auf. Wohl auch deshalb leitet der ehemalige Bankmanager in der bisherigen Regierung gleich zwei Ressorts, das Wirtschafts- und das Finanzministerium. Nun soll er als Regierungschef der Wirtschaft mit politischen Reformen neue Wachstumsimpulse geben.

Als Chef der Bank BZWBK, die zur spanischen Santander-Gruppe gehört, verdiente Morawiecki Millionen. Nun macht ausgerechnet die PiS ihn zum Regierungschef, die sich gerne als Partei des kleinen Mannes präsentiert, den sie vor der Ausbeutung durch ausländische Konzerne schützen will.

Doch anders, als man es von einem Ex-Banker vermuten könnte, setzt Morawiecki nicht auf einen neoliberalen Kurs in der Wirtschaft. Im Gegenteil, er will mehr Einfluss des Staates und eine „soziale Marktwirtschaft“ statt eines „Blutsaugerkapitalismus“, wie er der Deutschen Welle sagte. Er hat auch in den USA studiert, spricht fließend Englisch und versteht gut Deutsch. Es wird auch vermutet, dass die PiS ihn aufstellte, um das ramponierte Image Polens in der EU aufzubessern. Der Minister gilt als einer der gemäßigten Köpfe in der nationalkonservativen Regierung.

Mit seinem Parteivorsitzenden Jaroslaw Kaczynski, der für seine scharfen Äußerungen bekannt ist, versteht er sich trotzdem hervorragend. Wie Kaczynski verehrt er Jozef Pilsudski, den polnischen Diktator der Zwischenkriegszeit. (dpa)

Europaweite Vorsorge könnte Altersarmut begrenzen

Gastbeitrag von Lüder Gerken, Chef des Centrums für Europäische Politik in Freiburg, zu neuen EU-Plänen

Private Altersvorsorge ist wichtig und gut, die Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes ebenso. Da sollte man doch meinen, dass das Vorhaben der EU, einen Binnenmarkt für die private Altersvorsorge zu schaffen, uneingeschränkt Zustimmung verdient. Im Prinzip wäre das auch so. Nur leider ist es nicht zu Ende gedacht.

Der Reihe nach: In vielen Ländern der EU fördert der Staat die private Altersvorsorge mit Steuervergünstigungen und Zulagen, in Deutschland etwa über die „Riester-Rente“.

Das klingt zunächst gut. Der Arbeitnehmer muss sich nicht auf die Suche nach einer neuen Rentenversicherung machen. Und die Versicherer verlieren



Lüder Gerken

jedes Versicherungsunternehmen, das in der EU ansässig ist, PEPPs EU-weit anbieten. Voraussetzung dafür ist, dass es in alle EU-Mitgliedsländer mitgenommen werden kann.

Wenn etwa ein deutscher Arbeitnehmer nach Italien zieht, kann er in sein PEPP auch in Italien weiter einzahlen. Für die in Deutschland geleisteten Einzahlungen gilt deutsches Recht, für die in Italien geleisteten Einzahlungen italienisches. Aber es bleibt dieselbe Rentenversicherung.

Das klingt zunächst gut. Der Arbeitnehmer muss sich nicht auf die Suche nach einer neuen Rentenversicherung machen. Und die Versicherer verlieren

ihre Beitragszahler nicht. Aber ist es auch tatsächlich gut?

Ein Versicherungsunternehmen, das PEPPs anbietet, muss - da in jedem Land andere Recht gilt - 28 Rechtssysteme beachten. Und gerade das Steuerrecht mit seinen vielen verschiedenen Förderungsmöglichkeiten für die Altersvorsorge ist extrem komplex. Da die Zahl der Arbeitnehmer, die ins Ausland gehen, überschaubar ist, ist es für die einzelnen Versicherungsunternehmen nicht sonderlich interessant, überhaupt PEPPs anzubieten.

Und wäre ein PEPP für die Arbeitnehmer wirklich interessant? Das hängt vor allem davon ab, ob die EU-Staaten den

PEPPs diejenigen Steuervergünstigungen und sonstigen Förderungen gewähren, die für nationale Versicherungsverträge gelten.

Könnte die EU das den Mitgliedstaaten nicht vorschreiben? Nein, denn das Steuerrecht fällt in deren Zuständigkeit. Die EU-Kommission hat immerhin eine - unverbindliche - „Empfehlung“ an die Staaten gerichtet, ihre Steuersysteme PEPP-freundlich auszurichten, damit PEPPs überhaupt eine Chance haben. Die Rückmeldungen aus den Ländern lassen erwarten, dass die Bereitschaft dazu äußerst gering ist. Und darum ist das ganze Vorhaben zum Scheitern verurteilt. Schade, oder?